

Die USA »verhandeln« per Flugzeugträger. Die »Carl Vinson« wird an die Küste Nordkoreas verlegt. China ruft alle Beteiligten zu Zurückhaltung auf, die Bundesregierung tut unbeteiligt. Das aber ist falsch.



Erst im März absolvierte der »Carl Vinson«-Trägerverband eine Anti-Nordkorea-Übung gemeinsam mit japanischen Schiffen.

Foto: dpa/US Navy

Bodyguards der US-Navy

Die Deutsche Marine vertieft die atlantische Kooperation

Als guter NATO-Partner ist auch Deutschland irgendwie am US-Marineaufmarsch vor Nordkorea beteiligt. Und die Rüstungsindustrie frohlockt ob neuer Aufträge.

Von René Heilig

Es ist schon ein bedrohlicher Aufmarsch, der sich gerade vor der koreanischen Halbinsel vollzieht. Auf Befehl des Präsidenten hat die 3. US-Flotte ihre Trägergruppe um die atomar betriebene »Carl Vinson« in Marsch gesetzt. Das riesige Schiff ist Basis für bis zu 85 Jäger und Jagdbomber, Tank-, Aufklärungs-, U-Jagdflugzeuge sowie Hubschrauber. Zum Verband gehören der Lenkwaffenkreuzer »Lake Champlain« sowie die gleichfalls mit verschiedensten Raketen bestückten Zerstörer »Wayne E. Meyer« und »Michael Murphy«. Unsichtbar, doch stets Bestandteil eines solchen Verbandes ist mindestens ein Atom-U-Boot.

Man kann bislang nur darüber spekulieren, was der Auftrag der Armada ist. Soll sie nur bedrohliche TV-Bilder beschaffen, um den obersten Befehlshaber Donald Trump in die Reihe der außenpolitisch handlungsfähigen US-Präsidenten zu hieven? Ein Angriff mit Marschflugkörpern – wie gegen Syrien – wäre politisch verheerend und militärisch ineffizient. Man könnte weder die nordkoreanischen Raketen noch die vorhandenen Atomsprengköpfe ausschalten – schon weil selbst die Top-Spionage-USA deren Standorte im abgekapselten Nordkorea nicht genau genug ausmachen kann. Zudem: Nordkorea ist zwar keine Gefahr für die USA, wohl aber kann sie eine für Südkorea sein, meinen auch US-Experten.

Eine andere Option bieten womöglich die zahlreichen Fest- und Feiertage, die Nordkorea demnächst begehen wird: Am 15. April wird der Geburtstag des »ewigen Präsidenten« Kim Il Sung begangen. Das war der Vater des aktuellen Machthabers Kim Jong Un. Zehn Tage später ist Tag der Volksarmee, es folgt der 1. Mai, am 19. Juni jährt sich die Geburt des

»großen Führers« Kim Jong Il. Man darf also nicht nur mit Militärparaden, sondern auch mit neuen Glanztaten der Verteidigungsindustrie rechnen. Womöglich wird eine neue Nuklearbombe gezündet oder man startet die modernste aller weitreichenden Raketen?

Gerade Schiffe der US-Pazifikflotte – darunter die auch jetzt beteiligte »Lake Champlain« – haben schon einige Übungen zum Abfangen ballistischer Flugkörper absolviert. Die beiden eingesetzten US-Zerstörer gehören zur Arleigh-Burke-Klasse. Einige dieser Schiffe sind speziell zur Raketenabwehr umgerüstet worden. Ob die vor Korea operierenden Kriegsschiffe schon mit geeigneten Abfangraketen der SM3-Serie ausgerüstet sind, ist unklar. Und überhaupt wäre der Abschuss einer nordkoreanischen Rakete eine so große Demütigung für Pjöngjang, dass notwendige politische Gespräche auf Dauer ausfallen würden.

Möglich wären die, wenn die USA ihre für Nordkorea unannehmbar Forderung nach vollständiger Denuklearisierung als Voraussetzung für direkte Verhandlungen aufgeben. China hatte für beide Seiten gesichtswahrend vorgeschlagen, dass Nordkorea seine Atomwaffen- und Raketenprogramme einfriert, wenn die USA und Südkorea ihre jährlichen militärischen Großmanöver aussetzen. Kim Jong Un würde diesen Deal nach eigenen Aussagen abschließen, um sein Land durch Gespräche mit der Weltmacht Nr. 1 aus der Isolation zu führen.

Anders als im Falle Syrien ist die Bundesregierung in Sachen Pazifik-Aufmarsch bislang schweigsam. Was aber nicht heißt, dass man nicht doch auf Seiten der USA steht. Beispielsweise durch grundlegende Assistenz der Bundeswehr. Deren Marine ist zwar nach Ansicht des Vize-Inspektors Rainer Brinkmann »an der Belastungsgrenze«, es fehlten Schiffe und Hubschrauber. Zudem habe man Personalprobleme, es mangelte vor allem an Elektronikern und IT-Spezialisten, beklagt der Vizeadmiral. Umso erstaunlicher ist folgende Aus-

sage: »Die Deutsche Marine baut ihre Zusammenarbeit mit der US Navy aus – sowohl im NATO-Rahmen als auch bilateral. Das reicht von der reibungslosen Integration modernster deutscher Fregatten in amerikanische Marineverbände bis zur engen strategischen Kooperation.«

Damit kommt man der schon unter Barack Obama erhobenen Forderung nach, laut der sich die europäischen NATO-Partner militärisch mehr engagieren und die USA entlasten müssten. Bereits 2013 sammelten deutsche Seeleute der Fregatte »Hamburg« Erfahrungen als Bodyguard für einen US-Flugzeugträger. Und das im Arabischen Meer, also einer geopolitisch heiklen Region. Man passte sich in die Aufgaben ein, die –

»Die Deutsche Marine baut ihre Zusammenarbeit mit der US Navy aus – sowohl im NATO-Rahmen als auch bilateral.«

siehe Korea – normalerweise US-Zerstörer erfüllen. Die »Hamburg« war durchgehend für die Koordination und Überwachung sämtlicher Flugbewegungen um den atomaren Trägerverband der »Dwight D. Eisenhower« verantwortlich.

Für das kommende Jahr ist eine vergleichbare Operation geplant. Die besprach der Inspekteur der Deutschen Marine, Vizeadmiral Andreas Krause, zu Monatsbeginn bei einem USA-Besuch mit dem Chief of Naval Operations, Admiral John Richardson. Denn auch die »Sachsen« und die »Hessen« – beides Schwesterschiffe der »Hamburg« – eignen sich zum Schutz von Flugzeugträgern.

Demnächst wird man die Radarsysteme der Fregatten modernisieren. Damit können die Schiffe Teil des Raketenabwehrschirms der NATO sein. Deutsche Soldaten berechnen dann die Flugbahn weitreichender ballistischer Raketen für ihre US-Kol-

legen, die die Flugkörper dann zerstören.

Auch unter Wasser bietet man Hilfe jenseits des Atlantik an, als Sparingpartner für US-Trägergruppen. Die USA besitzen keine konventionellen U-Boote, die in flachen Küstengewässern operieren können. Das deutsche Boot U 32 erfüllte die Funktion als »Angreifer« ein halbes Jahr lang. Die dabei gewonnenen Erkenntnisse sind für die USA wichtig, um auf die Begegnung mit gegnerischen konventionellen U-Booten vorbereitet zu sein. Vor Korea oder in anderen Randmeeren.

Für Juni ist vor Norwegen ein weiteres Manöver angesetzt. Deutsche und US-Schiffe werden mit der norwegischen Marine Unterwasserkampftaktiken proben. Die US Navy schickt dafür einen Kreuzer, ein nukleargetriebenes Jagd-U-Boot und ein Aufklärungsflugzeug über den Atlantik. Deutschland stellt abermals zwei U-Boote ab.

Angesichts der vielseitigen Aufgaben, die die Bundesregierung der Deutschen Marine zuweist, fordern deren Befehlshaber eine »Trendwende«. Die kommt. Vizeadmiral Brinkmann verweist auf den baldigen Bau von zwei weiteren U-Booten. Alles spricht dafür, dass die in der Lage sein werden, Marschflugkörper zu verschießen. Noch in diesem Jahr wird eine neue Fregatte in Dienst gestellt. Man plant den Bau von Tankern, es gibt neue Hubschrauber sowie Aufklärungsdrohnen zur Horizonterweiterung der Korvetten.

Während der Vertrag zum Bau der neuen Mehrzweckkampfschiffe nicht mehr vor der Bundestagswahl unterzeichnet werden soll, drängt das Verteidigungsministerium auf eine rasche Unterschrift unter den Milliardenvertrag zum Bau von fünf weiteren Korvetten. Neue Arbeitsplätze machen sich gut vor der Wahl. Per Trick will man eine Ausschreibung umgehen. Dagegen hat nun die German Naval Yard-Werft mit Sitz in Kiel protestiert. Die libanesischen Eigentümer sind sauer, dass man ihnen nichts vom großen Rüstungskuchen abgeben will.

USA und Nordkorea brauchen Gespräche auf Augenhöhe

Was Kim von Saddam und Gaddafi gelernt hat

In Nordkorea hat man die US-Außenpolitik wohl studiert. Auch daher führt Trumps aktuelles Machtgehabe zu keinen tragfähigen Lösungen für mehr Sicherheit im asiatischen Raum.

Von Daniel Kestenholz, Bangkok

In Nordkorea dürfte das Ende der diktatorischen Machthaber im nördlichen Afrika und Nahen Osten ein Lehrbeispiel dafür sein, wie der eigene Sturz zu vermeiden ist. Saddam Hussein hatte sich UN-Inspektionen gefügt und hatte sein Massenvernichtungspotenzial längst aufgegeben, als die USA zur Irak-Invasion ansetzten. Auch Libyens Führer Muammar Gaddafi hatte der freiwilligen Entwaffnung und Entnuklearisierung zugestimmt. Beim NATO-Einmarsch im Jahr 2011 verfügte Gaddafi über keine wirklichen Abschreckungsmittel mehr. Noch an der Macht ist, wer sich nicht westlichen Auflagen fügte – wie der syrische Präsident Baschar al-Assad.

Nordkoreas Führung um Kim Jong Un wird sich hüten, die »Fehler« von Saddam Hussein und Muammar Gaddafi zu begehen. Als die US-Amerikaner eine US-Flotte in Richtung koreanischer Halbinsel losgeschickt haben, bestätigte US-Außenminister Rex Tillerson, die »Entnuklearisierung« Nordkoreas habe Priorität. Wie die vonstattengehen soll, davon hat wohl auch Tillerson noch nicht die geringste Ahnung. Weder wird sich Nordkorea UN-Inspektionen und -sanktionen fügen, noch wird Pjöngjang eine rote Linie überschreiten, die von den USA als Vorwand für militärische Gegenmaßnahmen genutzt werden könnte.

Der neuerliche Giftgasangriff in Syrien stellte so eine Überschreitung einer roten Linie dar, was US-Präsident Donald Trump als Berechtigung für Raketenangriffe auf eine syrische Luftwaffenbasis diente. Dabei ist weiterhin nicht bewiesen, wer das Giftgas eingesetzt hatte – ob syrische Regierungstruppen oder Rebellen, die sich im Gebiet unter massivem Druck auf dem Rückzug befinden.

Tatsache ist: Nordkoreas martialische Drohpolitik hat System. Es ist Pjöngjangs Methode, Aufmerksamkeit auf sich zu lenken und Gespräche zu erzwingen. Je länger direkte Gespräche ausstehen, umso mehr erstarkt Pjöngjang und die Außenwelt spekuliert, über welcherlei »Abschreckung« Nordkorea verfügt. Sogenannte Experten nennen Zahlen, wie viel angereichertes waffenfähiges Nuklearmaterial und wie viele Atomsprengköpfe Nordkorea besitzen könnte. Dabei ist unklar ist, in welchen Stadien sich Pjöngjangs Uran- und Plutonium-Bomben-Programme befinden.

Dabei hatte Nordkorea noch im Jahr 2007 UN-Inspektoren Zutritt zu seinen Yongbyon-Nuklearforschungsanlagen gewährt. Am 27. Juni 2008 zerstörte Nordkorea vor laufenden Kameras der Weltmedien den Kühlturm des Hauptreaktors. Doch die Spannungen zwischen Pjöngjang und Washington wuchsen wieder, beide Seiten bezichtigten sich der Lüge. Im April 2009 wurden UN-Inspektoren aus dem Land geschasst und Nordkorea hat angeblich die Anreicherung von Plutonium wieder aufgenommen.

Was man weiß ist allein, dass Nordkorea seit Oktober 2006 fünf Atomwaffentests durchgeführt hat, die teilweise jedoch fehlschlagen oder von geringer Sprengkraft waren. Der vierte Test im Januar 2016 mit einer Sprengkraft von 10 Kilotonnen soll Pjöngjang zufolge eine Wasserstoffbombe gewesen sein.

Dieses Abschreckungspotenzial ist es, mit dem Nordkorea Anrainer und insbesondere die USA in Schach hält. Die geografische Lage der südkoreanischen Millionenmetropole Seoul – nur 60 Kilometer von der Entmilitarisierten Zone (DMZ) entfernt – macht das Land für einen Angriff mit konventionellen Waffen höchst verwundbar, was die Risiken bei einem präventiven Militärschlag gegen Nordkorea überproportional erhöhen würde. Pjöngjang erinnert auch gerne an seine angeblichen Fähigkeiten, Seoul dem Erdboden gleichmachen zu können.

Hinzu kommt die unbedingte Aufopferungsmentalität der nordkoreanischen Bevölkerung für Staat, Führer und Revolution, was den Funktionären und Untertanen des Regimes von der Wiege an eingepflegt wird.

Außer Gesprächen und Engagement bleibt dem US-Präsidenten eigentlich keine vernünftige Option. Auch wenn er unlängst sagte, Amerika werde das Nordkorea-Problem selber lösen, wenn China nicht helfe, hat Trump lediglich eine Auswahl »lausiger Optionen«, um das Nordkorea-Problem zu »lösen«. So urteilt das Zentrum für Strategische und Internationale Studien.

Sanktionen greifen nicht. Allein im vergangenen Jahr testete Nord-

Nordkoreas martialische Drohpolitik hat System. Es ist Pjöngjangs Methode, Aufmerksamkeit auf sich zu lenken und Gespräche zu erzwingen.

korea 24 Raketen, deren Reichweite sich erhöhte. Sie können mehr Gewicht tragen. Angeblich verfügt man auch über anwendungsbereite kleine Sprengköpfe und hat deren »Überlebensproblem« beim Wiedereintritt in die Erdatmosphäre gelöst.

Dieses Drohpotenzial garantiert dem nordkoreanischen Regime Sicherheit. Unterwirft sich Kim Jong Un internationalen Inspektionen und Abrüstung, fürchtet er ein ähnliches Schicksal wie die Despoten Saddam und Gaddafi. Angesichts der »befreiten«, doch gescheiterten Staaten Irak und Libyen ist mit etwas strategischem Denken leicht vorzusehen, welche Sicherheitsprobleme, Aufbaukosten und möglichen Flüchtlingsströme im Falle eines Falls von Nordkorea auf die internationale Gemeinschaft zukämen.

Trump, der sich selber bekanntlich als begnadeten Verhandler betrachtet, hatte in der Vergangenheit den Wunsch geäußert, mit Kim im Weißen Haus Hamburger zu essen. »Engagement«, so lautet das Schlüsselwort. UN-Inspektionen, die Pekinger Sechsergespräche, Sanktionen und Obamas Politik der »strategischen Geduld«, alle Ansätze sind gescheitert. Nordkorea will Direktgespräche mit den USA.

Indem Trump mit Kriegsschiffen vor der koreanischen Halbinsel eine Drohkulisse militärischer Abschreckung aufbaut, kann daraus sehr wohl eine Bühne für Gespräche entstehen. Kim und dessen innerer Zirkel, das sind keine Verrückten. Die wissen genau, wie weit sie gehen können. Trump und Kim, beide plustern sich auf. Doch nur auf Augenhöhe könnte es zu ersten ernsthaften Kontakten kommen.